

# „FÜR EINE ANDERE, EINE GERECHTE POLITIK“

**W**ir sind in diesen Tagen Akteure und Zeugen eines Vorgangs von historischer Bedeutung.

Mit dem ersten ordentlichen Kongreß der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie beginnt ein neuer Abschnitt in unserer Geschichte. In kurzer Zeit ist aus der gemeinsamen Idee, aus den Plänen und Konzepten Wirklichkeit geworden. Das ist ein großartiger Erfolg, hinter dem mehr Einsatz und Arbeit steckt, als Außenstehende sich vielleicht vorstellen können. Deshalb möchte ich zuerst allen danken, die mit ihrer politischen Verantwortung und durch die unermüdlige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, dazu beigetragen haben.

Unser erster Kongreß ist zugleich der letzte in diesem Jahrhundert. Was könnte besser symbolisieren, daß wir unseren Blick auf die Zukunft richten. Wir treten an, die Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts zu bestehen. Wir machen es zu unserer Aufgabe, die Interessen unserer Mitglieder in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung erfolgreich zu vertreten; in einer Entwicklung, die vor allem durch eines bestimmt wird – durch rasante Veränderung. Für diese große Aufgabe suchen wir die richtigen Antworten und das passende Rüstzeug.

Es beginnt ein neuer Abschnitt, aber wir stehen nicht am Anfang. Denn wir können uns auf die mehr als hundertjährige Tradition unserer Vorgänger stützen. Die IG Bergbau und Energie, die IG Chemie-Papier-Keramik und die Gewerkschaft Leder haben – jede für sich – große Erfolge vorzuweisen.

## ARBEIT SOZIALE GERECHTIGKEIT, INNO- VATION UND MODERNI- SIERUNG DER WIRT- SCHAFT, WEITERENT- WICKLUNG DER SOZIALEN SICHERUNGS- SYSTEME IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG – DIESE THEMENKOM- PLEXE STANDEN IM MITTELPUNKT DER PROGRAMMATISCHEN REDE DES IG-BCE- VORSITZENDEN VOR DEM GEWERKSCHAFTS- KONGRESS. WIR DOKU- MENTIEREN DAS REFERAT VON HUBERTUS SCHMOLDT IM WORTLAUT.

Sie haben Gewerkschaftsgeschichte geschrieben, und sie haben die Sozialgeschichte unseres Landes in vorbildlicher Weise geprägt. Wir werden fortführen, was sich bewährt hat, wir werden hegen und pflegen, was uns stark gemacht hat. Aber wir werden

auch nicht auf der Stelle verharren dürfen. Wo Änderungen notwendig sind, müssen wir bessere Lösungen finden. Wo alte Rezepte nicht mehr ausreichen, da müssen wir neue Antworten suchen. Das ist eine mühsame Aufgabe, aber nur sie schafft jene politische Identität, die unsere Gewerkschaft braucht, um Geschlossenheit und Stärke zu gewinnen – nach innen wie nach außen.

Niemand von uns wird bestreiten, daß tiefgreifende Reformen notwendig sind – auch bei uns selbst. Aber wir widersprechen all jenen ganz entschieden, die Gewerkschaften für eine überholte, reformunfähige Einrichtung der Vergangenheit halten. Mit unseren Leistungen und Erfolgen haben wir sie widerlegt und werden wir sie widerlegen. Gewerkschaften sind auch für die Zukunft unserer Gesellschaft unverzichtbar. Sie sind keine aussterbenden Dinosaurier, sondern wandlungsfähige, lebendige Organisationen von Menschen, die sich zusammenfinden, um für ihre Rechte und Überzeugungen zu kämpfen.

Die IG BCE bekennt sich genauso wie ihre Vorgänger ohne jede Einschränkung zu den Grundsätzen unserer demokratischen Gesellschaft. Das parlamentarische System und der föderale Bundesstaat haben sich bewährt. Wer über die angebliche Umständlichkeit und Reformunfähigkeit unseres politischen Systems lamentiert, der zeigt damit nur, daß er das Wesen der Demokratie nicht verstanden hat. Jene wünschen sich offenbar die Zeit zurück, in der Befehl und Gehorsam oder gar Führung und Gefolgschaft das Bild beherrschten. Solchen Systemverändern muß das Handwerk gelegt werden.



Wir sind überzeugte Anhänger unserer Demokratie – ohne Wenn und Aber. Wir wollen den offenen Dialog und suchen einen fairen Interessenausgleich. Konflikt und Auseinandersetzung sind legitime Mittel, ja sie sind notwendig – aber das Ziel führt über den Kompromiß.

Die IG BCE ist zuvorderst eine Interessenvertretung, aber sie bleibt am Gemeinwohl orientiert. Wir wollen eine gesellschaftliche Reformkraft sein, aber wir werden diesem Anspruch nur gerecht, wenn wir zugleich bereit sind, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Politische Arbeit hat in unseren Tagen erheblich an Ansehen eingebüßt – verständlich vielleicht, gerechtfertigt keinesfalls. Gewerkschaften sind vom

Rückzug ins bequeme Privatleben genauso betroffen wie Parteien und andere Organisationen. Aber wir bleiben aktiv. Denn wir wissen: Nur wer sich engagiert und einmischt, wer das Feld nicht anderen überläßt, der kann Dinge bewegen und Entscheidungen beeinflussen.

Die Gewerkschaften haben im Juni 1996 mit einer der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt, daß sie für ihre Ziele „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ weit über ihre Mitgliedschaft hinaus mobilisieren können. Diese Aktionen haben, wie der erfolgreiche Kampf für die Zukunft des deutschen Steinkohlenbergbaus, unserer Wir-Gefühl und unsere Motivation gestärkt. Im Mittelpunkt unserer Überzeugung und unserer Arbeit steht seit über hundert

Jahren der Einsatz für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Daran hat sich nichts geändert und das wird auch so bleiben. Wir streiten für Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen und ein menschenwürdiges Leben für alle. Wir sind und bleiben der Anwalt für soziale Gerechtigkeit. Wir stehen auf der Seite der Schwächeren, die ansonsten auf der Strecke bleiben.

Der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland ist maßgeblich unser Werk. Wir bekennen uns nachdrücklich zu den Grundpfeilern dieser Ordnung, und wir stehen entschlossen gegen alle, die von Reformstau reden, aber eigentlich Demontage und weitere Umverteilung wollen. Notwendig sind Veränderungen, auch in den sozialen Sicherungssystemen und in der Gestaltung des Arbeitslebens. Aber die Kunst besteht in der Ausgewogenheit. Deshalb beteiligen wir uns an der Erneuerung von Strukturen und verteidigen zugleich erreichte soziale Standards. Das ist kein Widerspruch, sondern der einzig erfolgversprechende Weg für eine demokratische und soziale Gesellschaft, wenn sie ihre Stabilität bewahren will.



Manche wollen uns in die Reihe der Gestrigen stellen, da wir an unseren Zielen festhalten. Wir wollen die sozial gerechte Gesellschaft. Unser Leitprinzip ist und bleibt die Solidarität. Wir streiten gegen Ausbeutung, Egoismus und Ellbogengesellschaft. Wirtschaft hat für den Menschen da zu sein, hat der Gesellschaft zu dienen und nicht umgekehrt. Die plumpe Übertragung der Betriebswirtschaft auf unsere Gesellschaft, die viele im Zeitalter des Shareholder value für modern halten, bringt keine Lösungen, sondern verschärft die Probleme und spaltet unser Land in Arme und Reiche, in Ost und West, in Privilegierte und Chancenlose. Unternehmen, bei denen die Erträge stimmen, stehen auch volkswirtschaftlich in der Verantwortung. Ausschließlich betriebswirtschaftliches Agieren – ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Auswirkungen – ist dagegen verantwortungslos.

Niemand kann uns vorwerfen, wir seien nicht wandlungsfähig. Mit dem Konzept zum Bündnis für Arbeit, mit unseren Beiträgen zur Reform des Tarifvertragssystems, um nur zwei Beispiele zu nennen, haben wir das Gegenteil bewiesen. Wir wollen fortentwickeln, modernisieren, erneuern, und wir arbeiten mit jedem zusammen, der redlich das gleiche Ziel verfolgt. Aber wir werden nicht zustimmen, und wir werden Widerstand leisten, wenn nur eingeschränkt, umgekrempelt, demontiert wird.

Wir haben die IG BCE gegründet, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bestehen zu können. Unser Fundament sind einhundert Jahre Traditionen, Leistungen, Erfolge und Erfahrungen, aber auch die Erkennt-



FOTO: AP

**„Gewerkschaften sind keine aussterbenden Dinosaurier, sondern wandlungsfähige, lebendige Organisationen von Menschen, die sich zusammenfinden, um für ihre Rechte und Überzeugungen zu kämpfen.“**

nisse aus den Niederlagen. Ich bin sicher, diese neue Gewerkschaft muß mehr sein und wird mehr sein als nur die Addition der drei Vorläufer.

Auf der Grundlage der Vielfalt wird sich eine neue Einheit, eine echte Gemeinschaft bilden. Die Bilanz unserer Arbeit der Vergangenheit ist eindrucksvoll. Auf all dem können wir aufbauen; aber was noch wichtiger ist, wir können uns auf Zehntausende von überzeugten kompetenten, engagierten

Mitgliedern stützen. Diese Frauen und Männer, die überall und jeden Tag für uns und für unsere Sache stehen, sie sind das Herz unserer neuen Gewerkschaft. Sie sind unser wichtigstes und wertvollstes Kapital: Gewerkschaften waren und sind die größte Bürgerinitiative unseres Landes.

Zu unserem Erfahrungsschatz gehört an vorderer Stelle das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Aus den grausamen Niederlagen der Vergangenheit entstanden, bezahlt mit dem Leben vieler von uns, bleibt der Grundsatz gewerkschaftlicher Einheit unser oberstes Gebot. Wir sind durch und durch politisch, aber wir bleiben parteipolitisch unabhängig. Wer sich zu unseren gewerkschaftlichen Zielen bekennt, der gehört zu uns – ganz gleich, für welche demokratische Partei er sich engagiert. Daran darf sich nichts ändern und daran wird sich auch nichts ändern. Die IG BCE, das besagt schon der Name, ist eine Multibranchengewerkschaft – weit mehr noch als es die Vorläufer gewesen sind.

Produktionsbetriebe und Dienstleistungen aus großen Bereichen zählt unsere Satzung auf: Bergbau, Chemie, Energie, Erdöl und Gas, Glas, Gummi, Kautschuk, Keramik, Kunststoffe und nichtmetallische Werkstoffe, Leder, Papier, Umwelttechnologie, Wasserwirtschaft, Ver- und Entsorgung. Schon diese Sammelbegriffe verdeutlichen die Vielfalt, mit der wir künftig zu arbeiten haben. Größe ist kein Wert an sich, aber in der Vielfalt liegt eine Chance, denn diese Branchen sind auf die eine oder andere Weise miteinander verbunden, und die gemeinsame Interessenvertretung stärkt unsere Durchsetzungsfähigkeit.

Jeder wird in unserer Gewerkschaft seinen Platz und seine Rolle finden. Wer zu uns gehört, der bleibt auch bei uns. Niemand wird vernachlässigt werden. Aber wir werden uns nicht allein mit dem begnügen können, was wir vorfinden. Der rasante Strukturwandel bringt neue Branchen und Berufsgruppen hervor. Wir werden auch solche Bereiche organisieren, wenn wir kompetent sind und wenn die Beschäftigten durch uns vertreten sein wollen.

Dies ist ein berechtigter Anspruch und keine Kriegserklärung an andere Gewerkschaften, mit denen sind wir zu jeder Abstimmung und zu jeder sachgerechten Kooperation bereit. Die IG BCE ist eine gesamtdeutsche Gewerkschaft, so wie es die drei Vorgänger gewesen sind. Dem Aufbau in Ostdeutschland gilt unser Einsatz. Für uns ist die Vereinigung kein historischer Zufall mit Lästigkeitswert, sondern ein Auftrag. Es darf nicht sein, daß die Menschen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Leidtragenden von Jahrzehnten falscher Politik bleiben. Sie haben unsere Solidarität mehr als verdient.

Mit der Festlegung unserer neuen Organisationsstruktur bekunden wir den Willen, unsere Arbeit auf zwei Säulen zu stellen. Die IG BCE wird im Betrieb und am Wohnort präsent sein. Damit greifen wir die positiven Erfahrungen der Vergangenheit auf. Auch wenn die neue

Struktur in ihren Einzelheiten noch wachsen muß, soviel ist klar:

Mitglieder können und sollen sich dort engagieren, wo es ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht. Wir wollen starke, lebendige Ortsgruppen, und wir wollen starke Vertrauenskörper als unsere Bastion in den Betrieben. Daß unsere Betriebsräte – als gewählte Interessenvertreter –, fester Bestandteil dieser Struktur bleiben, versteht sich von selbst. Unsere Gewerkschaft ist offen für alle Gruppen in unserem Organisationsbereich: Für Männer und

**„Das parlamentarische System und der föderale Bundesstaat haben sich bewährt. Wer über die angebliche Umständlichkeit und Reformunfähigkeit unseres Systems lamentiert, der zeigt nur, daß er das Wesen der Demokratie nicht verstanden hat.“**



FOTO: DPA

Frauen, für Junge und Alte, für Aktive, Rentner und für unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen. Sie alle können sich einbringen, sie alle werden ihre Interessen durch uns vertreten finden. Ich bin zuversichtlich, daß wir uns auf einem guten Weg befinden. Unsere Doppelstruktur bietet beste Voraussetzungen für alle Mitglieder, sich zu beteiligen. Wir haben bewährte Arbeitsstrukturen und sind offen gegenüber neuen Arbeitsformen. Mit der Personengruppenarbeit wollen wir auch in Zukunft die spezifischen Interessen der Frauen, Jugendlichen und Angestellten in unsere Arbeit integrieren.

Die Arbeit der Personengruppen bleibt dabei Bestandteil der Arbeit der Gesamtorganisation. Wir wollen eine lernende Organisation sein, die Beteiligung und Diskussionsoffenheit zum strategischen Bestandteil ihrer Arbeit macht. Unsere Anstrengungen zur Modernisierung der Betriebsratsarbeit, die Stärkung der sozialen und methodischen Kompetenz unserer ehren- und hauptamtlichen Funktionäre, Personalentwicklung und das Konzept zur Mitarbeiterführung in der Organisation sind Bausteine unseres umfassenden Organisationsentwicklungskonzeptes. Einen entscheidenden Beitrag zur inhaltlichen und methodischen Entwicklung muß dabei unsere erfolgreiche gewerkschaftliche Bildungsarbeit leisten. Es wird einige Anstrengungen erfordern, unser Dienstleistungsangebot weiter zu pro- ▶

fessionalisieren und zu verbreitern. Das alles hat einen Zweck und ein Ziel: Die IG BCE soll auch in Zukunft eine leistungsfähige, durchsetzungsfähige, lebendige und mitgliederstarke Organisation sein.

Unsere Türen sind für unsere Mitglieder immer offen, und wer hinausgeht, der muß die Erfahrung gemacht haben, daß er auf Verständnis gestoßen ist und Hilfe gefunden hat.

Die Gründung der IG BCE ist ein bedeutsamer Beitrag zur Reform der deutschen Gewerkschaften. Während andere lang und ausgiebig über Modernisierung und Erneuerung reden, haben wir gehandelt und eine echte Reform zu Wege gebracht. Nicht nach dem Prinzip des Zufalls oder der Attraktivität der Größe, sondern als Neugründung, als Zusammenschluß gleichberechtigter Partner, die vieles miteinander verbindet. Unsere Vorstellungen zur künftigen Gewerkschaftslandschaft haben wir in den vergangenen Jahren oft genug vorgetragen, ich



muß dies heute nicht in allen Einzelheiten wiederholen. Es bleibt dabei: Wir wollen einen starken DGB als Dachverband, der politisch koordiniert und da, wo notwendig und möglich, unsere gemeinsamen Anliegen vertritt.

Betreuung von Mitgliedern kann keine Aufgabe des DGB sein, sondern muß von den Gewerkschaften geleistet werden. Wie sonst will man Bindung erzielen und attraktive Angebote machen. Das gilt auch für den Rechtsschutz. Der

**„Der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland ist maßgeblich unser Werk. Wir bekennen uns nachdrücklich zu den Grundfeilern dieser Ordnung, und wir stehen entschlossen gegen alle, die von Reformstau reden, aber eigentlich Demontage und weitere Umverteilung wollen.“**

jetzige Reformvorschlag mit der Selbstständigkeit und der anteiligen Finanzierung des Rechtsschutzes durch die Gewerkschaften ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dabei wird es nicht bleiben können. Wir wollen unseren Mitgliedern ein umfassendes Betreuungs- und Rechtsschutzangebot anbieten.

Die Reformdebatte darf beim DGB nicht stehen bleiben. Auch wenn in den letzten Jahren bereits große Veränderungen vollzogen wurden, die Konzentration und die Konsolidierung bei den Gewerkschaften muß weitergehen. Da

trägt jeder auch Verantwortung für das Ganze und nicht nur für seine Organisation.

Wer jetzt nicht bereit ist, über seinen Tellerrand zu schauen, der darf später auch keine Solidarität einfordern. Wir haben getan, was uns notwendig erschien, und das hat Überwindung und Kraftanstrengung gekostet. Mit Konsolidierung meine ich auch, daß nicht Macht und Größe allein die weiteren Schritte bestimmen dürfen. Wir brauchen Ausgewogenheit. Keine völlig gleiche, aber doch eine gleichgewichtige Struktur unter den Gewerkschaften. Ausgewogenheit stärkt den DGB als Dachverband und hilft, die Abgrenzungsfragen zu lösen. Wer nicht tagtäglich um sein Überleben oder seinen Einfluß kämpfen muß, der hat den Rücken frei für vernünftige Kompromisse.

Neue Branchen und gewandelte Unternehmensstrukturen erfordern neue Orientierungen. Dabei werden wir aber alle verlieren, wenn wir Mitglieder zum



Objekt gegenseitiger Konkurrenz machen. Die Menschen müssen sich gut betreut und wirkungsvoll vertreten fühlen, dann werden sie auch den Weg zu uns finden. Deshalb lassen sich Abgrenzungsfragen nicht durch Mehrheitsentscheid regeln. Nur der kompromißbereite Dialog, die Verständigung zwischen uns wird weiterführen. Wir sind auf einem guten Weg, das zeigen unsere Übereinkünfte mit der ÖTV im Telekommunikationssektor und unsere Gespräche mit der IG Metall. Im DGB beraten wir gerade über ein Verfahren zur Vermeidung und Beilegung von Abgrenzungsfragen. Dies gibt uns die Hoffnung, daß Vernunft einkehrt.

In der letzten Woche (erste Oktoberwoche, Red.) haben sieben DGB-Gewerkschaften ein Positionspapier zur Neuordnung der Dienstleistungsgewerkschaften vorgestellt. Wir wollen den Beteiligten nichts vorschreiben, aber auch hier muß gelten, daß lebensfähige, organisatorisch und finanziell gesunde Gewerkschaften entstehen, die nicht willkürlich zusammengesetzt sein dürfen.

Was nicht zusammengehört, das wächst auch nicht zusammen. Was jedoch zusammengehört, muß auch zusammengeführt werden. Wir haben in den nächsten Jahren an dieser Stelle eine Aufgabe zu lösen, die eine historische Fehlentwicklung korrigiert. Ich meine die Integration der DAG in den Deutschen Gewerkschaftsbund. Es gibt keine politischen oder organisatorischen Gründe, die diesem Schritt ernsthaft im Wege stehen können, wenn wir dies alle gemeinsam wollen. Wir haben uns schon 1988 zu diesem Ziel bekannt, als es darum ging, die DAG in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufzunehmen. Auch national sollten wir



FOTO: WERKFOTO

**„Wir wollen fortentwickeln, modernisieren, erneuern, und wir arbeiten mit jedem zusammen, der redlich das gleiche Ziel verfolgt. Aber wir werden nicht zustimmen, und wir werden Widerstand leisten, wenn nur eingeschränkt, umgekrempelt, demontiert wird.“**

uns diese Spaltung, die uns nur schwächt, nicht länger leisten. Mit der Integration der DAG könnten wir nämlich unserem großen Ziel ein ganz wichtiges Stück näherkommen: der Einheitsgewerkschaft für alle Beschäftigten in unserem Land. Ich meine, das ist ein wirklich lohnendes Ziel!

Es ist in Mode gekommen, den Standort Deutschland schlechtzureden. Selbst solche Vertreter aus Wirtschaft und der Bundesregierung, denen man Verantwortungsbewußtsein zubilligen würde, haben sich an diesem polemischen Spiel beteiligt, das ich nur leichtfertig nennen kann. Über die negativen Auswirkungen auf das Investitionsklima, über den Verlust an Motivation bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darf sich deshalb niemand wundern oder beklagen. Viele haben diese Debatte geführt, weil sie sich davon propagandistische Vorteile für ihren wirtschafts- oder sozialpolitischen Kurs erhoffen. Viele verfolgen aber auch ganz andere Absichten. Die radikalen Verfechter der ungezügelter Marktwirtschaft nehmen die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells ins Visier. Was mit der Deregulierung begann, setzt sich mittlerweile als Generalangriff fort.

Es geht wohl ganz offenkundig darum, das Konsensprinzip unserer demokratischen Gesellschaftsordnung anzugreifen und am Ende außer Kraft zu setzen. Konsens ist und bleibt aber die Basis des sozialen Ausgleichs, das Fundament des Sozialstaates und das Geheimnis unserer politischen Stabilität. Wer diese Basis angreift, der will Konflikte in unser Land tragen, die wir bis heute nicht kennen, der will eine andere Republik, der will das Recht des Stärkeren und die Ellbogengesellschaft.

Die Auseinandersetzung um die Entgeltfortzahlung und den Kündigungsschutz, die wiederholten Angriffe auf Mitbestimmung, die Betriebsverfassungsrechte und die Tarifverträge charakterisieren den neuen Stil der Hardliner. Ich sage diesen Brandstiftern: ▶

Die IG BCE steht zur sozialen Marktwirtschaft – sie steht zur Sozialpartnerschaft, ohne Wenn und Aber. Daran gibt es weder Zweifel bei uns selbst noch bei unseren Partnern. Aber wir sind auch entschlossen, gegen jeden anzutreten, der unser bewährtes Modell beseitigen will. Da wir es mit verlässlichen Partnern auf beiden Seiten zu tun haben, wird in unseren Branchen nicht gleich jedes strittige Thema zur Grundsatzfrage erhoben. Bislang haben wir immer Lösungen gefunden, die für alle Seiten tragbar waren. Wenn es an uns liegt, dann wird sich daran auch nichts ändern!

Die Zukunft stellt uns vor große Herausforderungen. Um sie erfolgreich zu bewältigen, brauchen wir alle Kräfte. Die ständigen Angriffe auf unser Wirtschafts- und Sozialmodell sind schädlich und verzetteln die Kräfte. Wer einen Beitrag für unsere Zukunft leisten will, der kann nicht mit der Abrißbirne auftreten.

Die Gewerkschaften streiten seit mehr als 100 Jahren für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Das ist unser vorrangiges Ziel. Aber damit wollen wir weder die Dynamik des Marktes aufheben noch den Wettbewerb behindern. Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft und diese Marktwirtschaft kann ohne Wettbewerb nicht funktionieren. Doch in gleicher Weise braucht der Markt das soziale Korrektiv, den sozialen Ausgleich, sonst ist er auf Dauer nicht funktionsfähig. Erst diese Ausgewogenheit hat uns die Leistungskraft gebracht, die uns zu einer führenden Wirtschaftsnation macht. Allen Unkenrufen zum Trotz: Ich bleibe bei meiner



FOTO: AKUR/TAT

**„Betreuung von Mitgliedern kann keine Aufgabe des DGB sein, sondern muß von den Gewerkschaften geleistet werden. Wie sonst will man Bindung erzielen und attraktive Angebote machen. Das gilt auch für den Rechtsschutz.“**

Überzeugung, die soziale Marktwirtschaft ist das Modell der Zukunft – in Deutschland und in Europa.

Es gibt auch keinen Grund, weshalb wir nicht selbstbewußt auftreten sollten. Deutschland ist ein attraktiver, leistungsfähiger Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Er wird dies auch bleiben, wenn wir alle dazu beitragen: die Politik, die Unternehmen und auch wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wirtschafts-, Industrie- und Forschungspolitik dürfen bei uns allerdings nicht länger so stiefmütterlich behandelt werden, wie dies häufig geschehen ist. Standortpolitik ist nämlich ein unschätzbare Vorteil im

Standortwettbewerb. Die Erfolge in den USA und in Fernost belegen den Einfluß des staatlichen Standortmarketings. Gerade diese Länder werden uns doch immer wieder vorgehalten, wenn es zum Beispiel um Deregulierung geht. Warum nehmen sich diese Herrschaften nicht auch mal ein Beispiel an der Struktur-, Industrie- und Standortpolitik dieser Länder?

Was Deutschland weiter voranbringen würde, zeigt die aktuelle Entwicklung in der Biotechnologie. Nach einer schwierigen, ja grausamen Akzeptanzdebatte und Jahren des Stillstandes schien der Zug für uns abgefahren zu sein. Nicht zuletzt durch den unablässigen Einsatz unserer Gewerkschaft haben Politik und Unternehmen endlich begonnen, für den Erhalt des Bio- und Gentechnikstandortes zu streiten, und heute verzeichnen wir die höchsten Wachstumsraten in der Welt. Dies belegt, daß zuverlässige und investitionsfördernde Rahmenbedingungen Voraussetzung für erfolgreiches unternehmerisches Engagement sind.

Auch wenn der Begriff Globalisierung häufig als propagandistische Allzweckwaffe mißbraucht wird, können wir nicht leugnen, daß diese Entwicklung den Druck auf die Anpassungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft erhöht und den Wettbewerb verschärft hat. Der Strukturwandel beschleunigt sich rapide, die sozialverträgliche Gestaltung dieser Prozesse wird zunehmend erschwert. Durch ruinösen Wettbewerb und Verlagerung von Arbeitsplätzen haben wir in bestimmten Branchen mit Beschäftigungsproblemen zu kämpfen.

Die Globalisierung ist für die exportabhängige deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung. Wir sollten nicht übersehen, daß der Export in erheblichem Maße Arbeitsplätze sichert. Exportorientierung und Protektionismus passen nicht zusammen. Globalisierung ist kein Schreckgespenst, aber sie ist auch keine Zauberformel. Vor allem dürfen wir nicht zulassen, daß sie zur Begründung oder Entschuldigung für politische Untätigkeit oder Konzeptionslosigkeit mißbraucht wird. Standortbedingungen können und müssen nicht global einheitlich sein. Der Standort Deutschland hat – wie jeder andere auch – seine Stärken und Schwächen.

Der Ausbau der Stärken und die Beseitigung der Schwächen, das ist unsere Herausforderung im Wettbewerb der Standorte, nicht aber andere mit Billiglöhnen, Sozialdumping und mangelhaftem Umweltschutz zu unterbieten. Ohne Wenn und Aber sind Standorte zu ächten, die nicht einmal die Mindeststandards der ILO einhalten, an denen Kinderarbeit Alltag ist und Gewerkschaftsrechte mit Füßen getreten werden.

Die internationale Verflechtung der Konzerne und Volkswirtschaften hat zu einer weiteren Intensivierung unserer internationalen Gewerkschaftsarbeit geführt. Wir müssen die Kooperation und Koordination voranbringen, ohne dabei die regionalen Besonderheiten zu vernachlässigen. Bei den Regionen liegt unser Hauptaugenmerk derzeit verständlicherweise auf der Region Europa. Die europäische Gewerkschaftsarbeit wird zunehmend eine Binnenaufgabe, die durch die inhaltliche Arbeit europäischer Interessenvertretungsstrukturen in den Betrieben ergänzt werden muß. Der Koopera-

**„Konsens ist und bleibt aber die Basis des sozialen Ausgleichs, das Fundament des Sozialstaates und das Geheimnis unserer politischen Stabilität. Wer diese Basis angreift, der will Konflikte in unser Land tragen, die wir bis heute nicht kennen, der will eine andere Republik, der will das Recht des Stärkeren und die Ellenbogen-gesellschaft.“**

tionsvertrag mit der britischen GMB, zur gegenseitigen Mitgliederbetreuung, ist ein Beispiel für fortschreitende Zusammenarbeit.

Europa wird seine Stellung in der Welt auf Dauer nur behaupten können, wenn es wirtschaftlich, sozial und kulturell noch stärker zusammenrückt. Wir brauchen einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum Europa und dazu gehört auch eine gemeinsame Währung.

Die äußerst emotional geführte Diskussion um die Maastricht-Kriterien ist mir nicht verständlich. Selbstverständlich braucht die europäische Währung einen Zielkorridor für die Defizitbegrenzung. Aber radikale Haushaltseinschnitte und hektischer Sozialabbau verschärfen das soziale Gefälle und

legen die Basis für künftige Instabilität. So zerstört man die Akzeptanz für die europäische Währung und die Europäische Union. Erfolge bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und beim Beschäftigungsaufbau sind für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion jedenfalls wichtiger als eine Punktlandung bei drei Prozent Defizit.

In Amsterdam hat die europäische Staatengemeinschaft einen ersten wichtigen Schritt zur aktiven Beschäftigungspolitik unternommen und dem EU-Vertrag das fehlende Beschäftigungskapitel hinzugefügt. Das Amsterdamer Ergebnis ist ein Anfang und ein qualitativer Fortschritt. Die europäischen Gewerkschaften haben dazu einen maßgeblichen Beitrag geleistet, denn sie waren ständige Mahner.

In Luxemburg findet am 21. November der EU-Beschäftigungsgipfel statt. Er soll ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes sein. Es ist ein gutes Signal, daß die EU-Kommission Leitlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegt, nach denen in den nächsten Jahren zwölf Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Das muß man aufgreifen und dann konsequent umsetzen.

Unsere europäische Organisation wird in Zusammenarbeit mit dem EGB einen Forderungskatalog zur europäischen Beschäftigungspolitik vorlegen. Bonn muß nun endlich eine aktive Rolle in der europäischen Beschäftigungspolitik übernehmen, statt weiter wie bisher den Bremser zu spielen. Es ist schon schlimm genug, daß die Politik im eigenen Land bei der Beschäftigungspolitik versagt hat. Zu den wesent-

lichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft gehört ganz zweifellos auch das Steuersystem. Es ist mehr als bedauerlich, daß die Bemühungen um eine durchgreifende, gerechte Reform gescheitert sind. Ich will die Gründe hier nicht weiter kommentieren. Aber ich bleibe bei meiner Auffassung, daß die Notwendigkeit zur Entlastung der Familien und zur Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten auch nach dem Scheitern fortbesteht.



FOTO: DPA

**„Europa wird seine Stellung in der Welt auf Dauer nur behaupten können, wenn es wirtschaftlich, sozial und kulturell noch stärker zusammenrückt. Wir brauchen einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum Europa – und dazu gehört auch eine gemeinsame Währung.“**

Die Ankündigung der Bundesregierung, sie wolle Teile des Konzeptes im Alleingang durchziehen, birgt nur die Gefahr unausgewogener Flickschusterei und der Fortsetzung der sozialen Schieflage. Wir warnen die Bundesregierung vor ihrem Vorhaben, die Kilometerpauschale zu verändern und die Zuschläge für Sonn-, Nacht- und Feiertagsarbeit vollständig zu besteuern. Solche Pläne sind nicht nur unsozial, sie sind auch unsinnig und bestrafen gerade die leistungswilligen und flexiblen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Über die Frage der Sozialversicherungspflichtigkeit der Zuschläge kann man mit uns reden, da das am Ende den Beschäftigten zugute kommt. Eine Besteuerung der SNF-Zuschläge, zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen, ist mit uns nicht zu machen.

Ein ausschlaggebender Standortfaktor ist und bleibt die Energiepolitik. Die sichere, leistungsfähige, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung ist die Basis für industrielle Entwicklung und Wohlstand. Es ist kaum zu verstehen und auch nicht zu verantworten, daß bei uns der Einfluß solcher Kräfte immer größer wird, die auch unsere Energieversorgung voll und ganz von den Risiken eines politisch und wirtschaftlich unsicheren Weltmarktes abhängig machen wollen. Wir setzen dieser Kurzsichtigkeit unser energiepolitisches Konzept entgegen,

das auf Ausgewogenheit und Sicherheit beruht – ein Konzept, das alle heimischen Energieträger einbezieht und die Wettbewerbsfähigkeit der Stromerzeuger sichert.

Mit dem Kohlekompromiß vom März '97 haben wir einen Eckpfeiler der künftigen Energiepolitik gesetzt. Die Kundgebungen und Demonstrationen, das Band der Solidarität und die Unterstützung aus der Bevölkerung haben bewiesen, daß wir mit unserer Auffassung für die Mehrheit sprechen. Das war ja schließlich auch die Voraussetzung für den Erfolg am Verhandlungstisch. Bis zum Jahr 2005 ist der Steinkohlenbergbau gesichert. Es gibt keinen Auslaufbergbau, auch nicht nach dem Jahr 2005, und wir werden uns rechtzeitig Gehör verschaffen, wenn es um die weitere Zukunft geht. Wir haben Zeit gewonnen zum Durchatmen, zurücklehnen können wir uns aber nicht. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Braunkohle in West- wie in Ostdeutschland. Zur Stetigkeit wirtschaftlicher und technischer Entwicklung ist die Stabilität und Berechenbarkeit der Energieversorgung unverzichtbar. Deshalb fordere ich die verantwortlichen Politiker auf, an den Verhandlungstisch über einen tragfähigen Energiekonsens zurückzukehren.

Einer der Schlüsselbegriffe, mit denen die Diskussion um unsere Zukunft geführt wird, heißt Innovation. Das ist nun beileibe kein Zauberwort, sicher auch nicht die Antwort auf alle Fragen, aber wir müssen in unserem Land eine Innovationsoffensive in Gang bringen, wenn wir den Anschluß nicht verpassen und Defizite beseitigen wollen. Es geht

aber nicht allein um technologische Innovation und Technologieführerschaft. Wir wollen unsere Gesellschaft technologisch und sozial weiterentwickeln. Wir wollen, daß Innovationen, unter Beachtung sozialer Kriterien, zur Erschließung von neuen Wachstumsmärkten, Produkten und produktionsnaher Dienstleistungen beiträgt.

Dann ist technologische Innovation kein arbeitsplatzbedrohendes Gespenst, sondern dient der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Der Telekommunikationssektor ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel. Es wird in den nächsten Jahren noch stärker als bisher darum gehen, neben der Sicherung des Bewährten Neues aufzubauen. Daher ist es ein unhaltbarer Zustand, daß es jungen Unternehmern und Existenzgründern bei uns nicht leicht gemacht wird. Oftmals sind die Banken mehr als zögerlich, wenn es darum geht, Ideen mit vernünftigen Marktchancen durch entsprechendes Risikokapital zu unterstützen. Die Existenzgründungsprogramme, die in den letzten Jahren Früchte zu tragen beginnen, helfen zwar, reichen aber oft nicht aus.

Wir wissen aus vielen Kontakten mit Jungunternehmern, daß ihnen in neuen Marktsegmenten oft die unternehmerische Erfahrung fehlt, um sich im Markt zu positionieren und sich in der Flut behördlicher Auflagen und dem Wirrwarr der Zuständigkeiten zurecht zu finden. Solche innovativen Firmen sollten mehr Unterstützung finden, denn dort steckt Beschäftigungspotential und unternehmerische Phantasie. Wir wollen deshalb eine Initiative organisieren, in der erfahrene Unternehmer, Wissenschaftler und Politiker solche



**„Bis zum Jahr 2005 ist der Steinkohlenbergbau gesichert, es gibt keinen Auslaufbergbau, auch nicht nach dem Jahr 2005, und wir werden uns rechtzeitig Gehör verschaffen, wenn es um die weitere Zukunft geht. Wir haben Zeit gewonnen zum Durchatmen, zurücklehnen können wir uns aber nicht. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Braunkohle in West- wie in Ostdeutschland.“**

Unternehmer in der Startphase berät und unterstützt. Hierbei geht es nicht um Finanzierung, sondern um Know-how-Transfer, der helfen soll, auf die Beine zu kommen.

Die technologische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat zu strukturellen und auch kulturellen Veränderungen geführt. Europäisch und global zu denken, zu handeln und zu kommunizieren, ist für die meisten von uns keine Zukunftsmusik mehr. Kapital und Know-how sind heute global verfügbar. Für die Arbeitsplätze in den Industriestaaten hat das tiefgreifende Auswirkungen. Geänderte Produktionskonzepte und Unternehmensstrukturen haben Auswirkungen auf die Beschäftigten und damit auf die Betriebsrats- und die Gewerkschaftsarbeit.



Wir müssen uns einerseits mit geänderten Qualifikationen und Ansprüchen stärker individualistisch orientierter Arbeitnehmer auseinandersetzen und andererseits Regelung- und Schutzfunktionen für immer mehr Beschäftigte außerhalb der Normarbeitsverhältnisse wahrnehmen. Befristet und geringfügig Beschäftigte, ►

Franchising und neue Selbständige beispielsweise verlangen ebenso nach neuen Formen unserer Arbeit wie flexible und ausdifferenzierte Arbeitszeiten. Wir können diese Anforderungen nicht nur mit den bisherigen Instrumenten gestalten. Projektarbeit, partielle Mitarbeitsmöglichkeiten und die stärkere Beteiligung der Betroffenen an der inhaltlichen Ausgestaltung unserer Arbeit sind Elemente unseres erfolgreichen Konzeptes „Experten in eigener Sache“.

Die Ansätze und Philosophie dieses Konzeptes wollen wir über die Betriebsratsarbeit hinaus in dem Organisationsentwicklungsprozeß unserer Gewerkschaft weiter vorantreiben. Wenn es uns gelingt, diesen Beschäftigungsgruppen die Möglichkeit zu bieten, auch unter ihren spezifischen Arbeitsbedingungen an gewerkschaftlicher Arbeit teilzuhaben, dann bin ich überzeugt, daß es keinen Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Solidarverständnis und dem Anspruch nach individueller Verwirklichung geben muß.

In einer Informationsgesellschaft entscheiden, insbesondere für eine politische Organisation, moderne Kommunikations- und Informationswege über den Erfolg und den Einfluß in der Öffentlichkeit. Wir müssen daher unseren Weg weiter verfolgen und zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit, interessante Publikationen und auch neue Medien nutzen.

Seit rund zwei Jahrzehnten beschäftigt das Thema Ökologie die Gemüter. Niemand von uns verschließt die Augen davor, daß es ökologische Risiken gibt und deshalb auch Handlungsbedarf besteht. Dabei weiß jeder, daß dies kein

Feld für simple Erklärungsmuster ist, weil man zu einem nachhaltigen und tragfähigen Ausgleich zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfordernissen kommen muß. Wir setzen auch in der Umweltpolitik auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen, gekoppelt mit klaren, handhabbaren Rahmenbedingungen in der Umweltpolitik. Das Öko-Audit weist dabei den richtigen Weg.

Eine Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstverpflichtung, verbunden mit einer gezielten Förderung von Umwelttechnologien, nutzt die Kräfte des Marktes für einen effektiven Umweltschutz und ist deshalb wirksamer als das Vorschriftendickicht. Deshalb werden wir uns auch weiterhin mit dem fundamentalistischen Flügel der Öko-Bewegung, beispielsweise in der Frage der Zukunft von Garzweiler II oder der Chlorchemie, auseinandersetzen. Augenmaß und Realitätssinn müssen gestärkt werden, Einseitigkeit schadet nur und macht blind. Öko-beziehungsweise Energiesteuern sind kein geeignetes Mittel, um ökologische Ziele zu erreichen. Energiesteuern würden alle Bereiche der von uns betreuten Industrien überdurchschnittlich belasten. Das führt zu Investitionszurückhaltung, zu Produktionsverlagerung ins Ausland und damit zu Arbeitsplatzverlusten. Das kann niemand wirklich wollen.

Vor dem Hintergrund der zweifelhaften Wirkung der Ökosteuer verstärkt sich der Eindruck, daß es vordringlich um eine Sanierung der öffentlichen Haushalte geht. Das wäre aber im Ergebnis alles andere als ein Beitrag zur Standortsicherung.

4,5 Millionen registrierte Arbeitslose, 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger, das ist die Bilanz der Politik der Bundesregierung. Wir wollen und wir werden uns nicht daran gewöhnen, daß eine steigende Zahl von Menschen ohne Arbeit und ohne eigenes Einkommen bleibt. Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen eine persönliche Katastrophe, sie ist menschenunwürdig, führt zu Verarmung und Isolation. Für unsere Volkswirtschaft bleibt Arbeitslosigkeit eine riesige Verschleuderung von Geld und von Schaffenskraft. Energisches Gegensteuern der Verantwortlichen in der Bundesregierung und im Arbeitgeberlager ist trotz aller Lippenbekenntnisse bislang nicht zu erkennen.

Im Gegenteil: Nur um zu denen zu gehören, die am Stichtag die Erfüllung der Maastrichtkriterien zehntelgenau erreichen, hat diese Regierung mit ihrer Rotstiftpolitik den zweiten Arbeitsmarkt vorsätzlich und rigoros beschädigt und vielen Menschen Entwicklungschancen genommen. Das ist purer Zynismus den Betroffenen gegenüber. Mit dem Bündnis für Arbeit, unserem Angebot, hätten wir ein tragfähiges Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finden können.

Die große Chance zur Gemeinsamkeit in dieser wichtigen Frage wurde leichtfertig verspielt. Statt dessen brach die Bundesregierung den überflüssigen Konflikt um die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und die Verschlechterung beim Kündigungsschutz vom Zaun. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt für uns die mit Abstand wichtigste innenpolitische Aufgabe!

Wir haben nach dem Scheitern der Kanzlergespräche unsere tariflichen und betrieblichen Möglichkeiten genutzt.

Dabei ist es nicht nur gelungen, Arbeitsplätze zu sichern und Investitionszusagen für Produktion, Forschung und Entwicklung zu erhalten, sondern auch die Ausbildungs- und Übernahmekapazitäten verbindlich zu regeln. Die Tarifparteien haben ihren Beitrag in großen Teilen geleistet. Das beschäftigungspolitische Nichtstun der Bundesregierung dagegen hat die Zahl der Arbeitslosen seit dem Ende des Bündnisses für Arbeit um weitere 400 000 erhöht. Diese Politik der sozialen Kälte darf nicht fortgesetzt werden.

Die Gewerkschaften sind sich darin einig, daß Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitpolitik ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigungssicherung sind. Die Vergangenheit hat dies bewiesen, denn ohne Arbeitszeitverkürzung hätten wir heute einige hunderttausend Arbeitslose mehr. Aber wir wissen natürlich auch, daß es keinen Königsweg gibt, daß wir vielmehr flexible Systeme finden müssen, um den unterschiedlichen Anforderungen von Branchen und Betrieben gerecht zu werden. Wenig hilfreich ist es daher, die Debatte allein auf die 32-Stunden-Woche oder auf die Frage des Lohnausgleichs zu reduzieren.

Wir halten das vermehrte Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für eine nützliche beschäftigungspolitische Maßnahme. Bereits 1987 haben wir einen Tarifvertrag über die Gestaltung von Teilzeitarbeit abgeschlossen. Aber wenn man Teilzeitarbeit nicht nur predigen will, dann muß man sie attraktiv machen.

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden davon doch nur Gebrauch machen, wenn sie keine Nachteile bei der Arbeitslosenversicherung haben und wenn sie eine Grundversicherung der Rentenansprüche erwarten können.

Das Ziel der Verkürzung der Arbeitszeiten ist richtig, die Wege können verschieden sein. Bei allen Diskussionen über tarifpolitische Strategien, sage ich, daß wir den Schwerpunkt unserer Bemühungen auch weiter bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen werden. Wenn mehr Menschen Arbeit finden, so ist dies doch der beste Beitrag zur Steigerung der Kaufkraft. Henry Ford hatte ja Recht, daß Autos keine Autos kaufen können. Aber Arbeitslose kaufen auch keine Autos. Es wäre aber eine maßlose Überschätzung der Tarifpolitik, von ihr allein den durchschlagenden Erfolg beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Möglichkeiten sind begrenzt. Dabei haben wir im übrigen ja auch demonstriert, daß unser Tarifvertragssystem zukunftsfähig ist. In keiner Branche ist die Bindekraft des Flächentarifvertrages größer als in den Branchen, die die IG BCE repräsentiert.

Wir haben Flexibilität und Differenzierung in der Arbeitszeitpolitik ebenso erreicht wie maßgeschneiderte Tarifverträge zu Einstiegsstarifen für Arbeitslose, die Zeitabgeltung von Überstunden, der Freischichtenregelung oder den Entgeltkorridor. Dabei ziehen wir spezifische Lösungen heran, um den notwendigen Bewegungsspielraum innerhalb des Flächentarifvertrages zu ermöglichen und um unsere Ziele

le der Arbeitsplatz- und Standortsicherung konkret voranzubringen. Wer dies nicht als Beweis für die Zukunftsfähigkeit akzeptiert, dem ist nicht zu helfen und der muß sich gefallen lassen, daß man ihm zerstörerische Absichten unterstellt.

Genau hier im HCC habe ich vor zwei Jahren vorgeschlagen, Arbeitsplätze, die allein wegen der Lohnkonkurrenz ins Ausland verlagert werden, mit öffentlichen Mitteln zeitlich befristet zu stützen. Eine Kombination aus tariflich abgesichertem Einkommen – nicht abgesenkt! – und Transfer-Einkommen, das war der Kern des 95er Vorschlages. Er ist damals kaum auf Resonanz gestoßen, vielleicht war die Zeit für eine solche Idee noch nicht reif. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß seit einiger Zeit nun sehr lebhaft ähnliche Ideen diskutiert werden. Ich möchte deshalb meinen damaligen Vorschlag noch einmal skizzieren. Es ist doch sinnvoll, in exportorientierten Branchen, die unter dem extremen Druck des internationalen Wettbewerbes stehen, diejenigen Arbeitsplätze für die Zeit der Reorganisation und Umstrukturierung mit Transfermitteln der Bundesanstalt für Arbeit zu unterstützen, die ansonsten durch Verlagerung verloren gingen.

Darüber hinaus kann ich mir durchaus vorstellen, daß es in vielen Bereichen personennaher Dienstleistungen sinnvoll sein kann, eine Kombination aus Lohn- und Transferleistungen vorzusehen. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse, wo Beschäftigte mehrere Jobs annehmen müssen, um ein Auskommen zu haben. Gerade deshalb ist es aber sinnvoll, in diesem Bereich Transferleistungen vorzusehen. Unabhängig bei der Einführung solcher ►

Kombi-Lohn-Modelle ist jedoch, daß an der Tarifzuständigkeit und an der Kompetenz für arbeitsplatzbezogene tarifliche Eingruppierungen nichts geändert wird.

Jedes Jahr zeigt sich spätestens in der Sommerpause, daß wir mit einer stetig wachsenden Ausbildungskrise konfrontiert sind, die die Grundfesten unseres Gesellschaftssystems erschüttert. Es muß unser Ziel sein, allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, denn ohne die Ausbildung unserer Jugend verspielen wir unsere eigene Zukunft, Wir tun, was wir nur können. Die Steigerung der Ausbildungsplätze in unseren Branchen und die Ausbildung über Bedarf belegen dies eindrucksvoll. Die Tarifparteien können das Problem aber nur lindern. Gefordert sind letztlich die Betriebe, und die Politik muß die Rahmenbedingungen schaffen. Es fehlen in diesem Jahr mehr als 100 000 Ausbildungsplätze. Das sind über 100 000 Jugendliche, die in unserer Gesellschaft keine Zukunftschance finden.

Unsere Jugend darf nicht im Konzeptionsstreit zwischen denen steckenbleiben, die das Angebot ausschließlich dem Markt überlassen wollen, und denen, die von einer flächendeckenden Umlage das Heil erwarten. Beides löst weder das Problem noch hilft es den Betroffenen. Der Vorschlag, die bewährten Strukturen der Kammern in den Regionen heranzuziehen, ist sinnvoller. Die Kammern sind am ehesten in der Lage, Betriebe zur Ausbildung zu motivieren. Gekoppelt mit einer steuerlichen Flankierung ab einer bestimmten Ausbildungsquote könnten auf die-

se Weise schnell und gezielt Ausbildungsplätze mit Zukunftsperspektiven geschaffen werden. Entsprechende Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Wenn wir nicht in der Lage sind, das bewährte und erfolgreiche System der dualen Ausbildung mit Augenmaß zu reformieren, sondern allein mit Abgaben experimentieren, dann werden sich immer mehr Unternehmen aus ihrer Verantwortung zurückziehen. Das wäre das Schlimmste, was uns passieren

**„Eine Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstverpflichtung, verbunden mit einer gezielten Förderung von Umwelttechnologien, nutzt die Kräfte des Marktes für einen effektiven Umweltschutz und ist deshalb wirksamer als das Vorschriften-Dickicht.“**



FOTO: CINTULA

könnte. Wenn wir aber in diesem Jahr noch retten wollen, was zu retten ist, dann müssen die Unternehmen jetzt handeln, dann müssen sie jetzt weitere Plätze anbieten. Wir sind bereit, alles uns mögliche dazu beizutragen. Das Qualifizierungsförderwerk der IG BCE hat vor diesem Hintergrund vor einigen Wochen eine erfolgreiche Initiative zur Schaffung von circa 250 Ausbildungsplätzen im Bereich der Chemie- und Bergbauausbildung in Sachsen-Anhalt und Brandenburg gestartet.

Seit Jahrzehnten diskutieren wir über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Noch immer hat es keine Regierung zustandegebracht, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, die tragfähig ist. Außer Ankündigungen und Lippenbekenntnissen ist nicht viel Positives zu vermelden. Die wenigen Ansätze drohen jetzt sogar, der Sparwut der Haushaltspolitiker zum Opfer zu fallen. Dennoch dürfen wir unsere Bemühungen um eine echte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht aufgeben. Tarifpolitik sichert Einkommen. Eine gerechtere Vermögensverteilung kann sie nach den bisherigen Erfahrungen kaum erreichen.

Viele Unternehmen sind dabei, Beteiligungsmodelle zu entwickeln, mancherorts gibt es Verein-

barungen. Wir spüren die Akzeptanz für Beteiligungsmodelle bei unseren Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dann, wenn eine Verbindung zu ihrem Unternehmen hergestellt werden kann. Dort sind sie nämlich in der Lage, Erfolgsaussichten und Perspektiven zu beurteilen. Wir würden eine Entwicklung versäumen, wenn wir dies nicht aktiv aufgreifen, tarifpolitisch begleiten und damit auch einen sozialpolitischen Akzent setzen. Notwendig bleibt aber eine gesetzliche und steuerliche Flankierung solcher Modelle.

Für uns ist der Sozialstaat die Grundlage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Er basiert auf Solidarität, und er schafft die Voraussetzungen für Gerechtigkeit, für ein menschenwürdiges Dasein. Aber er ist keine karitative Veranstaltung, in der die Reichen für die Armen spenden. Dabei ist Sozialstaat weit mehr als nur ein funktionierendes System von Sozialversicherungen, so wichtig diese auch sein mögen. Dazu gehören Chancengleichheit, Bildung und Kultur genauso wie staatliche Daseinsvorsorge und kollektives Arbeitsrecht. Dies zusammengenommen macht die Grundlagen für eine Gesellschaft aus, die wir für erstrebenswert halten. Das unterscheidet uns von denen, die Freiheit lediglich definieren als Wettkampf mit dem Ziel, möglichst viel Reichtum anzuhäufen.

Dabei wissen wir selbstverständlich, daß nicht alles, was in der Vergangenheit gut und bewährt gewesen ist, auf alle Zeiten tauglich bleibt. Es wäre geradezu töricht, die Augen davor zu verschließen, daß zum Beispiel die



FOTO: SEIDEL

**„Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen eine persönliche Katastrophe, sie ist menschenunwürdig, führt zu Verarmung und Isolation. Für unsere Volkswirtschaft bleibt Arbeitslosigkeit eine riesige Verschleuderung von Geld und Schaffenskraft.“**

Systeme der sozialen Sicherung modernisiert und reformiert werden müssen. Die Frage lautet nur: Mit welcher Zielrichtung? An vielen Stellen wird zur Zeit intensiv über die Auswirkungen des Generationenvertrages in der Rentenversicherung diskutiert. Dabei

werden Ängste und Neid geschürt, daß die junge Generation später ohne ausreichende Alterssicherung dastehen könnte. Solche Panikmache ist weder angebracht noch hilfreich. Aber die Belastung der Rentenversicherung mit versicherungsfremden Leistungen und die demographische Entwicklung zeigen auch klar den Reformbedarf auf. Es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn wir deshalb den Generationenvertrag zur Debatte stellen würden. Es geht schließlich um die Zukunftsfähigkeit des Solidarsystems unserer Rentenversicherung.

Wenn wir diese Grundlage aufgeben, dann ginge dies nur zu Lasten der großen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gewinner wären Vermögende und Versicherungsgesellschaften. Deshalb: Hände weg vom Generationenvertrag. Debattieren können wir durchaus über die Finanzierung der sogenannten versicherungsfremden Leistungen und den Beitrag der Leistungsempfänger zur Stabilisierung des Generationenvertrages. Solchen Vorschlägen können wir uns nicht entziehen. Ansonsten würden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

Es geht uns um Arbeit und nochmals Arbeit. Es geht uns um unsere Familien, um unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Es geht um das Modell Deutschland, das etwas verblaßt ist – das aber nicht ausgedient hat. Unsere Gewerkschaft, die IG BCE, arbeitet – als treibende Kraft – daran mit, Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen. Wir brauchen eine andere, eine gerechte Politik! Für die Menschen in unserem Land; und für unser Land. ■